

Sie haben die Datei angewählt:

"Staatsbuerger"

Dies ist das 16.Kapitel des Buches "Geschichte der Zeugen Jehovas. Mit Schwerpunkt der deutschen Geschichte"

von Manfred Gebhard.

Es ist jetzt über den Buchhandel bestellbar:

ISBN: 3-89811-217-9

Libri Books on Demand

675 Seiten Umfang; 34, 77 Euro.

Nicht alle Buchhandlungen führen das Libri-Angebot, aber doch etliche.

Für Internet-Surfer empfiehlt sich Amazon.de

[Geschichte der Zeugen Jehovas](#)

Für Interessenten ohne Internetzugang sei besonders auf die Versandbuchhandlung:

Mail: Order: Kaiser, 80791 München hingewiesen:

Um eine Grundinformation zu ermöglichen, nachstehend der Text des sechszehnten Kapitels, gekürzt um die

Anmerkungsnummern. Letztere enthalten nicht nur den Literaturnachweis, sondern in etlichen Fällen auch noch

Zusatzinformationen

.

## **Staatsbürger**

Im Jahre 1929, parallel mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise, deren Auswirkungen nicht zuletzt auch eine starke politische Polarisierung in breiten Bevölkerungsschichten bewirkte, nahm die Rutherfordadministration eine bemerkenswerte dogmatische Zäsur vor. Bis dahin herrschte in der Frage des Verhältnisses der Christen zur weltlichen "Obrigkeit" der klassische religiöse Indifferentismus vor, der in der Bibel vom Apostel Paulus mit den Worten umschrieben ist:

"Jedermann sei den obrigkeitlichen Gewalten untertan; denn es gibt keine Obrigkeit ohne von Gott (bestellt zu sein), und wo immer eine besteht, ist sie von Gott verordnet. Wer sich also der Obrigkeit widersetzt, der lehnt sich damit gegen Gottes Ordnung auf; und die sich auflehnen, werden sich selbst ein Strafurteil zuziehen." [1]

Auch andere Religionsgemeinschaften hatten sich zu allen Zeiten mit dieser Fragestellung auseinanderzusetzen.

Martin Luther beispielsweise, stellte in seiner Schrift: "Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei" die These auf:

"Der echte Christ lebe zugleich im geistlichen und im weltlichen Reich. Dem weltlichen Reich gehören alle Menschen an. Im geistlichen Reich herrsche Gott, im weltlichen die Obrigkeit mit ihren Gesetzen. Beide Reiche bestehen nebeneinander, weil die Welt voll Sünde sei. Die Obrigkeit muss mit dem Schwert die Menschen am Bösen hindern. Sie tut es - ohne ihr Wissen - im Auftrag Gottes. Der Christ ist also beiden Reichen zugehörig, handelt im geistlichen Reich als Person, im weltlichen als Träger eines Amtes im Dienste der Obrigkeit. Die Obrigkeit ist Werkzeug Gottes, obwohl sie meistens nicht christlich handelt. Widerstand gegen sie aber muss ganz passiv bleiben; denn es gibt nach Luther kein Unrecht der Obrigkeit, das aktiven Widerstand rechtfertigen kann. Das Seelenheil kann sie dem einzelnen nicht rauben.

Mit dieser 'Zwei-Reiche-Lehre', deren Grundtenor in den Auffassungen Luthers längst vorgebildet war, stellte er sich auf den Boden der bestehenden gesellschaftlichen Gegebenheiten und wies alle radikaleren Kräfte bei ihrem Versuch, zumindest die Kirchenverhältnisse von 'unten' her zu verändern, eindeutig zurück." [2]

Um ein anderes Beispiel zu zitieren. Die in Amerika entstandene "Kirche Jesu Christi Heiligen der letzten Tage", bekannt auch als Mormonen, beantwortete beispielsweise diesen Fragenkomplex folgendermaßen:

"Angenommen, die von Menschen aufgestellten Gesetze würden den Geboten des geoffenbarten Wort Gottes widersprechen, welcher dieser beiden Autoritäten wären dann die Mitglieder zum Gehorsam verpflichtet? Hierauf kann die Antwort mit den Worten Christi gegeben werden: Es ist Pflicht des Volkes, dem Kaiser zu geben, was das Kaisers ist, und Gott, was Gottes. Das Himmelreich als eine irdische Macht mit einem regierenden König, der eine unmittelbare und persönliche Machtbefugnis in zeitlichen Dingen ausübt, ist bis heute noch nicht auf Erden aufgerichtet worden; die Gemeinden der Kirche und deren Mitglieder sind den verschiedenen Regierungen unterworfen, in deren Machtbereich sie sich befinden."

Weiter wird in dieser Stellungnahme ausgeführt:

"Heute, bei der verhältnismäßig großen Erleuchtung und Freiheit, ist wenig Grund dafür vorhanden, irgend einen direkten Zusammenstoß mit den Rechten der privaten Verehrung und des persönlichen Gottesdienstes zu befürchten. Bei zivilisierten Völkern wird dem Bürger gestattet, zu beten und dieses Recht wird durch ein gewissermaßen allgemeines Gesetz der Menschheit geschützt. Keine ernstlich bestrebte Seele ist von der Verbindung mit ihrem Gott abgeschnitten, und auf diesem offenstehenden Weg kann Hilfe von den bedrückenden Gesetzen und Linderung der Not von der Macht erbeten werden, welche die Völker überwacht. Im Vertrauen darauf, dass die Macht der Vorsehung zu Gunsten religiöser Freiheit wirken wird, sollten sich die Heiligen den Gesetzen ihres Landes fügen. Dessen ungeachtet sollten sie als Bürger und Untertanen ihrer verschiedenen Regierungen in jeder angebrachten Weise dafür eintreten, dass ihnen und allen Menschen das kostbare Gut persönlicher Freiheit in religiösen Angelegenheiten gesichert wird."

Bezüglich der Aspekte, die sich dann bei den Bibelforschern als Knackpunkt erwiesen wird ausgeführt:

"Es wird nicht von ihnen verlangt, dass sie dem ungesetzlichen Druck gesetzloser Verfolger, oder die Folgen ungerechter Gesetzgebung, ohne Widerspruch hinnehmen und dulden; aber ihr Widerspruch soll auf gesetzliche und maßvolle Weise geltend gemacht werden. Die Heiligen der letzten Tage haben der Welt eine praktische Darlegung jener Lehre gegeben, dass es besser sei, Böses zu dulden, als durch rein menschliche Empörung gegenüber ungerechter Autorität Unrecht zu tun." [3]

Auch Russell verblieb in wesentlichen Punkten seiner Obrigkeitslehre auf dem Status quo. Seine These war:

"Das Reich Israel ist das einzige, welches Gott je seit dem Fall als seine Obrigkeit, Gesetze usw. vertretend, anerkannte. Es gab viele Völker vor ihnen, aber keins konnte mit Recht Gott als seinen Gründer beanspruchen, noch auch, dass seine Herrscher Gottes Vertreter gewesen wären." [4]

Er meint dann weiter: "Daraus geht hervor, dass alle anderen zeitweilig zur Macht gelangten Reiche bis zur Wiederaufrichtung des Reiches Gottes als 'Reiche dieser Welt' unter dem 'Fürsten dieser Welt' stehend gekennzeichnet werden, und das daher alle von irgendeinem derselben gemachten Ansprüche, als ob sie Reiche Christi seien, unrecht und unwahr sind. ... Wohl waren die heidnischen Regierungen böse, doch um eines weisen Zweckes willen zugelassen oder 'von Gott verordnet' (Röm. 13,1). Ihre Unvollkommenheit und Mißherrschaft bildet einen Teil der allgemeinen Lektion über die überaus große Sündigkeit der Sünde und beweist die Unfähigkeit gefallener Menschen, auch nur zur eigenen Zufriedenheit sich selbst regieren zu können." [5]

Rutherford nahm nun eine bedeutsame Änderung vor, indem er diesen christlichen Grundkonsens relativierte. Mittels einer älteren, der King-James-Bibel Übersetzung, wurden die "Höheren Obrigkeiten" als die Adressaten dieser einschlägigen Bibelaussagen angegeben. Und die "Höheren Obrigkeiten" konnten in seiner Auslegung nur Gott bzw. seine "sichtbaren Vertreter" sein. Die praktische Anwendung dieser Änderung bewies, dass sie, obwohl scheinbar revolutionär, im Sinne einer Stärkung seiner durch das 1925 Desaster angeschlagenen Autorität konzipiert war.

Charakteristisch kommt das auch in dem von dem Schweizer Zeugen Jehovas, Zürcher herausgegebenen Buch "Kreuzzug gegen das Christentum" zum Ausdruck. Als geistesgeschichtliche Erklärung, weshalb die Zeugen Jehovas in Hitlerdeutschland allerhand Repressalien ausgesetzt seien, führt Zürcher an:

"Die Anweisung des Apostels in Römer 13 richtet sich aber nicht an die Menschen im allgemeinen, sondern wie Paulus eingangs der Epistel schreibt, an die 'Geliebten Gottes' also an gottergebene Christen. Es ist klar, dass die Worte des Apostels falsch ausgelegt worden sind, und es ist vernünftig anzunehmen, dass sie sich nicht auf die weltlichen Obrigkeiten beziehen, sondern ausschließlich auf die Autorität und Gewalt Gottes." [6]

Zürcher sieht den Hintergrund dafür in den Worten: "Die eigentlichen Gegner in diesem gigantischen Kampf sind also Gott und Satan (Luzifer), der Kriegsschauplatz ist Himmel und Erde, die Streitfrage betrifft die Oberherrschaft Gottes." [7]

Diese Auslegung veranlasste den dieses Buch herausgebenden Europa-Verlag zu der ausdrücklichen Feststellung:

"Um Missdeutungen vorzubeugen, erklären wir, dass wir uns von (dieser) biblischen Auseinandersetzung distanzieren, auch den Bestrebungen der Zeugen Jehovas (Bibelforscher) fernstehen." [8]

Diese These bildete, neben den Endzeiterwartungen und der kritischen Einschätzung der tagespolitischen Situation, den faktischen Hintergrund um die Zeugen Jehovas in Hitlerdeutschland zu motivieren, den Konfrontationskurs durchzusetzen, nachdem die vorangegangenen Bemühungen um einen Modus vivendi, gescheitert waren.

Natürlich war auch beispielsweise den vernehmenden Gestapo-Beamten die Bibelstelle aus Römer 13:1 bekannt. Sicher werden sie versucht haben, ihre Opfer auch damit zu "beeindrucken". Aber ebenso sicher ist auch, dass ihnen dies bei den Zeugen Jehovas nicht gelang

### Sowjetisches Statement

Neben Hitlerdeutschland, ist geschichtlich betrachtet, auch die ehemalige Sowjetunion einer der Staaten, denen die Zeugen Jehovas einiges Kopfzerbrechen bereiteten und die bis zum Ende ihrer Existenz sich außerstande sah, in kultivierter Weise mit den Zeugen Jehovas "fertig" zu werden. Es ist bezeichnend, dass die dortigen Propagandisten, in ihrer oberflächlichen Primitivität, glaubten ebenfalls auf dem Thema Römer 13: 1 herumreiten zu müssen.

Beispielsweise erschien 1969 in Moskau eine Arbeit über die Zeugen Jehovas der sowjetischen Autoren E. M. Bartoschewitsch und J. D. Borrissoglebski. [9] Ein Schwerpunktkapitel dieser Auseinandersetzung ist dem vermeintlichen "Antikommunismus unter dem Aushängeschild der Neutralität" gewidmet. Berücksichtigt man, dass in der seinerzeitigen DDR, gleichfalls wenig "überzeugend" auch mit Vorliebe auf diesem Thema herumgeritten wurde, dann kann man die Moskauer Veröffentlichung schon als eine Art Pilotprojekt betrachten. Bartoschewitsch und Borrissoglebski belehren dem "unkundigen" Leser erst einmal darüber:

"In der Heiligen Schrift (Matth. 22:21) heißt es: 'Dem Kaiser was des Kaisers ist. Die Erklärung dieser These durch führende Persönlichkeiten religiöser Organisationen bestimmt in hohem Maße die Einstellung der Christen zum Staat, zu den Gesetzen des Landes, indem sie leben und zu ihren bürgerlichen Pflichten. Im biblischen Pathos stammt dieser Ausspruch vom Apostel Paulus, der zu einer umstrittenen Autorität der christlichen Religion zählte.

Während erstere die These 'Dem Kaiser was des Kaisers ist und Gott was Gottes ist' unterstützte und verteidigte, schrieb er 'alle Macht kommt von Gott.'"

Die genannten Autoren wollen also damit, wie man erkennen kann, schon mal eine Differenzierung zwischen Jesus und Paulus vornehmen. Aber sie lassen auch keinen Zweifel darüber aufkommen, wohin denn die Reise zu gehen hat:

"Die genaue und richtige Deutung dieses christlichen Grundsatzes bedeutet aber, wie ihn auch die Worte der Bibel erklären, dass jeder Gläubige verpflichtet ist, die Gesetze des Staates, indem er lebt, zu achten und sich ihnen zu unterwerfen."

Zu ihrem großem Bedauern mussten sie jedoch trotz dieser "glasklaren" Erkenntnis registrieren: "In der Geschichte des Christentums war oft das Gegenteil der Fall. So hat die Kirche oft schon dieses Prinzip verletzt, indem sie ihre Ansprüche, zur Bedingung machte. In den Händen des höheren Klerus wurde je nach der politischen Lage und je nach der Rolle der religiösen Gruppierungen im Klassenkampf dieser Grundsatz umgewandelt. Das heißt entsprechend der politischen Richtung, die aus dem Klassenkampf hervorging, wurden diese Bedingungen verändert. So war es auch in Russland vor der Revolution. Die Kirche befand sich damals in einer privilegierten Stellung. Sie war eine der strengsten sozialen Stützen des Zarismus, eine heilige Synode, die sich zielgerichtet an die evangelische These 'dem Kaiser was des Kaisers ist und Gott was Gottes ist' hielt, und schrieb der Gemeinde vor, sich blind allen Gesetzen der kapitalistischen Gesellschaft zu fügen und sie strikt zu befolgen. Doch kaum war die Macht des Kapitalismus in Russland gestürzt, setzte die Synode alles daran, dass der schlimmste Feind der Sowjetmacht, der Metropolit Tichon Bjeliavin zum Patriarchen gewählt werden sollte. Man rechnete damit, dass er zum Führer der kirchlichen Konterrevolution bestimmt war. Das kirchliche Konzil erklärte die Sowjetmacht als ein Werk des Satans und rief alle Gläubigen zum Kampf gegen die junge Republik auf. Der Aufruf wurde mit dem Ausspruch 'Gott was Gottes ist' begründet.

Nach diesem geschichtlichen Rückblick meinen die Autoren: "Ähnliche Fälle hat auch die Tätigkeit der Brooklyner Zentrale zu verzeichnen. Fragen Sie zum Beispiel einen beliebigen Zeugen Jehovas, ob seine Gesellschaft irgendwelche politischen Ziele oder Ideen verbreite. Die Antwort ist 'nein'. Gleichzeitig wird er Ihnen auf eine offizielle Darstellung verweisen, die der Präsident der Wachturmgesellschaft verfasst hat und von der es im 'Wachturm' vom August 1957 heißt:

'Die Zeugen Jehovas bleiben gegenüber der Zwietracht dieser Welt neutral.'

Weiter heißt es: 'Als wahrhafte Christen können sie nicht für irgendwelche politischen Lehren oder Ideale, welche sie auch sein mögen, kommunistische oder kapitalistische, kämpfen.'

In einem Artikel des 'Wachturms' wird folgendes gesagt: 'Die Zeitschrift 'Der Wachturm' verfolgt keine politischen Ziele oder Ideale, sie helfe ihren Lesern nur, die Bibel zu studieren. Sie erweise ihnen nur eine notwendige Hilfe, dieses Buch mit seiner Lehre, seiner wahrhaften Religion und ihren unfehlbaren Prophezeiungen richtig zu verstehen.'

Nach dieser Zitierung der Zeugen Jehovas-Selbstdarstellungen wird dazu kommentiert:

"Tatsache jedoch ist, dass diese und ähnliche Bekanntmachungen nicht der vollen Wahrheit entsprechen. Die Brooklyner Neutralität verfolgt durchaus eine bestimmte Richtung. Seit dem Bestehen dieser Gesellschaft verfolgt sie die Richtung, die Beziehung zum Staat in Einklang mit ihrer neuen Auslegung zu bringen. Diese Interpretation lautet: 'Jede Seele unterwerfe sich den höheren Obrigkeiten. Es gibt keine Macht, die nicht von Gott stammt, die irdischen Mächte sind von Gott geduldet.'"

In Übereinstimmung mit anderen Beobachtern, monieren auch Bartoschewitsch/Borrissoglebski, dass mit diesem Bibeltext nicht die "himmlischen Mächte" sondern die irdischen Staatsmächte gemeint seien. Die Entwicklung der Zeugen Jehovas stellt sich in diesem Kontext, ihrer Meinung nach, wie folgt dar:

"Bei der Gründung dieser Gesellschaft war die Mitgliedschaft noch klein; ihre Tätigkeit ging nicht über die Grenzen der USA und einiger kapitalistischer Staaten hinaus. Die kleine Anzahl Zeugen Jehovas veranlasste deren Leitung sich loyal zu den Staatsmächten zu verhalten. Das hielt sie jedoch nicht davon ab, eine feindliche Stellung zur Sowjetunion einzunehmen, wenn dies auch nicht so deutlich zum Ausdruck kam, wie in den darauffolgenden Jahren.

Die Krise von 1929, die in ihrem Ausmaß alle vorangegangenen übertraf, brachte eine Verschärfung der Klassengegensätze mit sich. Die krampfhaften Bemühungen um den Ausgang

und das Ende der Krise der Unternehmen verschärfte mehr und mehr den Druck auf die Arbeiterklasse. Die Arbeit wurde intensiviert, die Löhne wurden gesenkt, die Zahl der Arbeitslosen wuchs ständig. Hunderte, ja Tausende Firmen machten pleite. Das Elend und die Verzweiflung unter der Bevölkerung näherten sich der Grenze."

Nun kommt die für sowjetische Autoren offenbar obligate Selbstbeweihräucherung:

"Nur der erste sozialistische Staat, die Sowjetunion, kannte keine Krisen und war auf dem Höhepunkt der ökonomischen und kulturellen Entwicklung."

Darauf folgt für Bartoschewitsch/Borrissoglebski der große Schreck: "Unter diesen Bedingungen unternahm damals der Präsident der Gesellschaft der Zeugen Jehovas den Versuch, den Gläubigen die Ursache der entstandenen Lage zu erklären. In der Broschüre 'Die Krise' sprach er über die neue Offenbarung, in der es heißt: 'Der Herr hat sein Volk klar und verständlich informiert, wer die höheren Mächte sind, und das man sich nur Jehova und Jesus Christus fügen muss, denn sie sind die höheren Mächte.'"

Summa summarum: Zu einem Zeitpunkt, wo die sowjetische Politik auch die hermetische Abschottung der eigenen Bevölkerung vor allem aus dem Ausland kommenden Einflüssen beinhaltete. Wo Karten bewusst falsche oder gar keine Angaben enthielten, auf höherem Befehl, damit das feindliche Ausland getäuscht werde. Zu diesem Zeitpunkt (der zwanziger und dreißiger Jahre), waren die jetzigen Zeugen Jehovas in der Sowjetunion überhaupt nicht in nennenswertem Umfang vertreten. Und die Handvoll, die es trotzdem dort schon damals gab, hatte kaum Möglichkeiten zu Auslandskontakten, auch nicht auf konspirativem Wege.

Die Renaissance der Zeugen Jehovas in der Sowjetunion setzte im Prinzip erst nach 1945 ein. Wenn diese sowjetische Autoren daher Bibelforscherliteratur dahingehend interpretieren, dass sie speziell im Hinblick auf den Kampf gegen die Sowjetunion konzipiert worden sei, so liegen sie mit ihrer Sicht schief.

Allerdings dahingehend ist zuzustimmen, dass die damaligen Bibelforscherthesen auch politische Auswirkungen implizierten. Gerade das Beispiel Hitlerdeutschland zeigt das überdeutlich.

Wenn dessen Terrorchef Himmler mal mit dem Ausspruch zitiert wurde:

"Euer dämlicher Jehova regiert im Himmel - hier aber regieren wir", dann ist genau das der springende Punkt, der auch die Kommunisten zur Weißglut brachte und den sie mit dem Vokabular "Antikommunismus" zu verklären liebten.

Letztendlich werden sich diese Kommunisten die gleiche Frage gefallen lassen müssen, die man analog auch den Funktionären des Naziregimes zu stellen hätte: Fällt ihr System wie ein Kartenhaus zusammen, wenn man religiöse Narren auch Narren sein lässt? Oder kann man jovial zur Tagesordnung übergehen, was nicht ausschließt, dass man seine ehrliche Meinung über diese Narreteien auch deutlich zum Ausdruck bringt.

Die genannten beiden politischen Systeme haben ihre Art von Antwort gegeben. Die Weltgeschichte hat diesen Systemen inzwischen auch eine Antwort gegeben!

"Körperschaft des öffentlichen Rechts"?

(Redaktionsschluss: Oktober 1999)

Vor einiger Zeit konnte man aus der Tagespresse, und kommentiert auch in einschlägigen Zeitschriften die Meldung zur Kenntnis nehmen, dass die "Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas in Deutschland", als juristischer Nachfolger der erst in den letzten Tagen der Modrowregierung staatlich wieder anerkannten "Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas in der DDR" - eine empfindliche juristische Schlappe hinnehmen musste. [10]

Es ging bei diesem Streit darum, dass die Zeugen Jehovas durchsetzen wollten, erstmals in Deutschland auch als "Körperschaft des öffentlichen Rechts" anerkannt zu werden, wie dies bei einigen anderen Kirchen auch der Fall ist.

In zwei Instanzen, beim Berliner Verwaltungsgericht, bzw. Berliner Oberverwaltungsgericht erzielten sie Teilerfolge für ihr Anliegen. Da jedoch ihr Widerpart, die für Kirchenfragen zuständige Abteilung der Kulturverwaltung des Berliner Senats dem Paroli bot, wurde der Fall

vor das Bundesverwaltungsgericht in Berlin gezogen, das letztendlich gegen die Zeugen Jehovas entschied. [11] Das Bundesverwaltungsgericht stellte fest:

"Für das besondere Kooperationsverhältnis mit dem Staat, dass der Körperschaftsstatus beinhaltet, müsse eine gewisse 'Loyalität' zum Staat, ein 'Mindestmaß an gegenseitigem Respekt' hinzukommen, so die Richter. Das sei bei den Zeugen, die ihren Mitgliedern die Teilnahme an Wahlen und die Kandidatur für öffentliche Ämter verbieten, nicht gegeben. Diese Grundhaltung stehe "in einem verfassungsrechtlich nicht hinnehmbaren Widerspruch zu dem für das Grundgesetz konstitutiven Demokratieprinzip." [12]

Überhaupt hat dieser Vorgang für Sachkenner der Geschichte der Zeugen Jehovas einen "schalen Beigeschmack". Keine andere Religionsgemeinschaft hat so auf partielle Konfrontation gesetzt. Das ausgerechnet die Neuankennung der Zeugen Jehovas durch die DDR als Hebel benutzt wurde, um weitergehende Ansprüche durchzusetzen ist schon merkwürdig. Jahrzehntlang haben die Zeugen Jehovas in der alten Bundesrepublik es verabsäumt einen ähnlichen Antrag zu stellen. Indem nun die DDR Zeugen Jehovas dazu benutzt wurden, ist man geneigt zu kommentieren: Man wollte sich für die Konfrontationspolitik im Nachhinein belohnen lassen! [13]

Worum es dabei letztendlich geht, lässt sich auch an einem anderen Beispiel verdeutlichen. Der evangelische Bischof Dibelius hatte einmal eine Herausforderung besonderer Art formuliert. Er warf die Frage auf, ob ein Christ einen totalitären Staat auch als Obrigkeit anerkennen könne. In seinen diesbezüglichen Ausführungen äußerte er:

"Dies Wort übergeordnete Mächte übersetzt Luther mit Obrigkeit. Und das ist die Frage, um die es sich hier handeln soll: Ob dies Wort dasjenige wirklich wieder gibt; was Paulus gemeint hat, oder ob er gar den Bibelleser zu einem falschen Verständnis einer wichtigen biblischen Weisung verführt? Von Machthabern eines totalen Staates soll man nicht als von Obrigkeit reden. Es kann sich lediglich um die Frage handeln, ob und wie weit Römer 13, so wie es Paulus geschrieben hat - nicht, wie es Luther übersetzt hat! - auf diese Machthaber noch angewandt werden kann!" [14]

Dibelius blieb mit seiner These nicht unumstritten. Er hatte sich im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sogar dazu verstiegen auszuführen, dass er Verkehrsvorschriften westlicher Staaten stets respektieren werde, auch wenn sie ihm im Einzelfall widersinnig erscheinen sollten. Das er hingegen sich die Freiheit nehmen würde, "mit gutem Gewissen" gegebenenfalls Verkehrsvorschriften der DDR zu missachten, aus politischer Motivation heraus, weil er diesen Staat politisch nicht anerkennen könne. [15] Eine solche Argumentation war denn auch anderen erklärten Gegnern der DDR zu viel und so erntete Dibelius nicht nur "Beifall". [16]

Auch bei den Zeugen Jehovas gab es eine ähnliche These. Charakteristisch lässt die sich mit einem Artikel aus ihrer Zeitschrift "Erwachtet!" verdeutlichen, wo sie auf die Kontroverse um Dibelius näher zu sprechen kommen. [17] Der Artikel trug die Überschrift "Die deutschen Protestanten in einer Zwickmühle." Darin wird unter anderem auch referiert, dass andere Kirchenleute (Lilje, Vogel und andere) dem Dibelius vehement widersprochen hätten, dass aber, eine eindeutige Verurteilung des Dibelius unterblieben sei.

Unter Hinweis auf letzteres verlautbarten die Zeugen Jehovas genüsslich, dass sie sich nicht in einer solchen Zwickmühle wie die deutschen Protestanten befinden würden. Eben, weil sie diese These schon seit Jahrzehnten in der Praxis vertraten, die Dibelius erst einmal zur Diskussion stellte. Denn die These von den "Höheren Obrigkeiten" wurde 1929 bei Ihnen eingeführt. In ihrer Lesart sei Römer 13 im Deutschen falsch übersetzt worden. Gemäß ihrer Interpretation spreche Römer 13 von "Höheren Obrigkeiten", denen der Christ untertan sein müsse und das seien nur Gott und seine sichtbare Organisation. Damit hatten sie, in Verbindung mit ihrer Endzeit-Naherwartung, ihr ideologisches Rüstzeug erworben, um sich im heraufziehenden Naziregime als resistent zu erweisen.

Auch nach 1945 hielten sie diese These aufrecht und erneuerten sie in den nunmehr aufbrechenden Konflikten mit der DDR. Erst 1962 gaben sie diese These auf, indem sie

modifiziert wurde. Möglicherweise hatte der nicht endende Sturm der Entrüstung den Dibelius letztendlich erntete, auch bei ihnen einen Nachdenkungsprozeß beflügelt.

Inzwischen hatten sie aber nicht nur im Hitlerregime, sondern auch in der DDR, der Sowjetunion und anderswo, eben in sogenannten "geschlossenen Systemen" schwerste Konflikte provoziert. Letztendlich ging es Dibelius und ging es den Zeugen Jehovas in ihrem Kampf um Privilegien, die wie sie meinen, von den ihnen nicht genehmen Systemen in unzulässiger Weise beschnitten wurden.

Nun ist allerdings die Interpretation dessen, was noch als "Beschneidung von Privilegien" oder gar als darüber hinausgehende Vernichtungsbestrebungen anzusehen ist, umstritten. Je nachdem, von welchem Standpunkt aus man urteilt. Hier das rechte Augenmaß zu haben, mag in der Tat ein schwieriges Problem sein. Gerade das Beispiel der Zeugen Jehovas kann dies veranschaulichen.

Sie verfügten nicht über historisch gewachsene Privilegien, wie z. B. andere Kirchen. Dennoch versuchen sie auf ihre Art und Weise der "Ellbogenmethode", durch aggressive Werbemethoden und neuerdings durch das "kaufen" von "Gefälligkeitswissenschaftlern" ihr Image aufzupolieren und womöglich klassische "Lobbyarbeit" in Szene zu setzen. Nicht zu vergessen ihr steuerfreier Druckereibetrieb. Das ungehinderte Gewährenlassen solcher Bestrebungen, stellt auch eine Art von Privileg dar. Wenn hier Einschränkungen vorgenommen werden ist ihr Geschrei groß. Es ist das gleiche Geschrei wie das derjenigen aus anderen Schichten und Lagern, deren wirtschaftliche Interessen eingeschränkt oder gar beschnitten werden und die dann auch versuchen, möglichst ihre ganze Lobby in Aktion zu versetzen.

Die Kontroverse um Dibelius muss auch in dem Kontext gesehen werden, dass der DDR-Staat sich im Jahre 1961 aus Gründen innerer Schwäche, mit seinem Mauerbau, abschottete. Es war offensichtlich, dass dies für wache Beobachter der weltpolitischen Szene der Anlass für drastische Kommentare war. Ein den Kommunisten besonders "auf den Magen geschlagener" Kommentar, wurde am 28. Juli 1961 vom westdeutschen Fernsehen in der Form eines Interviews ausgestrahlt. Befragt wurde der evangelische Bischof Lilje:

"Sind Sie der Meinung, Herr Bischof, dass der Christ in der Sowjetzone heute schon in einer Situation ist, wo er nach theologischer Sicht nicht nur ein passives, sondern auch ein aktives Widerstandsrecht hätte?"

Landesbischof Lilje: "Ich möchte meine Brüder drüben nicht gefährden, indem ich einfach sage: Ja. Aber denken tue ich es wohl. ... Im übrigen würde ich praktisch im Augenblick niemand den Rat geben, voreilig zu einer Flinte zu greifen. Das würde realpolitisch kein weiser Entschluss sein." [18]

Mit dieser, durch die tagespolitische Situation zugespitzten Diskussion, waren letztendlich auch die Zeugen Jehovas, mit ihrer exponierten Obrigkeitslehre, herausgefordert. Sie, die schon lange vor anderen es abgelehnt hatten, totalitären Regimen in allem willfährig zu sein, mussten sich jetzt auch fragen, wie weit sie gehen wollen. Es hätte in der Konsequenz der Beibehaltung der 1929-er Obrigkeitslehre gelegen, dass ihr passiver Widerstand gegen totalitäre Regime, möglicherweise unter dem Druck der Verhältnisse auch in aktivem Widerstand hätte umschlagen können. Auch der Zeugenleitung wurde diese Gefahr deutlich.

Und so trat relativ kurzfristig das ein, was man eigentlich vorher nicht erwartet hatte. Die Zeugenleitung legte ihre 1929-er Obrigkeitslehre zu den Akten und kehrte zu der Position die davor bestand zurück. Ende 1962 wurde dazu im Wachturm (in Englisch - Deutsch Anfang 1963) in einem dreiteiligen Artikel dieser Salto mortale vorgenommen. In dieser Artikelserie wurde auch ausdrücklich auf die von Dibelius angestoßene Diskussion Bezug genommen. [19]

Die Anhängerschaft wurde darin ausdrücklich instruiert: "Unter keinen Umständen dürfen wir uns an politischen Verschwörungen beteiligen oder Sabotage gegen Regierungen treiben, einen Verteidigungskrieg führen, oder bei der Planung von Aufständen oder Revolten mitmachen. ... In der kommenden Schlacht von Harmagedon werden wir nichts gegen die 'Obrigkeiten' unternehmen, um ihre Vernichtung zu beschleunigen. Wir werden es Gott überlassen, dem Quell

aller Gewalt, der 'Obrigkeit' die Herrschaft wegzunehmen und sie durch das rechtmäßige Königreich seines Sohnes Jesus Christus zu ersetzen." [20]

Um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, welche Rolle die Anhängerschaft einzunehmen hat, wurden dann noch lang und breit Ausführungen darüber gemacht, wie das Urchristentum sich zur Sklavenfrage verhielt.

"Gewürzt" wurde das zugleich noch durch ablehnend kommentierende Hinweise auf geschichtliche Zäsuren, die Sklavenfrage in der Neuzeit betreffend. In diesen Ausführungen konnte man lesen:

"In der damaligen Christenversammlung gab es sogar Sklavenbesitzer. Paulus war kein Vorbild für den russischen Zaren Alexander II., der im Jahre 1861 rund 23 000 000 Leibeigene freiließ; noch für den amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln, der im Jahre 1863 eine Erklärung herausgab, die allen Sklaven in den Gebieten der Südstaaten, die nicht von den Unionsheeren besetzt waren, die Freiheit verlieh. Nein, Paulus erklärte nicht alle christliche Sklaven für frei und alle christlichen Sklavenbesitzer ihrer Sklaven verlustig, ihrer Sklaven beraubt. Er erklärte nicht, dass den christlichen Sklavenbesitzern, die ihre gläubigen oder ungläubigen Sklaven nicht freiließen, die Gemeinschaft der Christenversammlung entzogen werden müsse. Nein, sondern Paulus schrieb sogar an einen christlichen Sklavenhalter namens Philemon einen Brief, der in der Bibel aufbewahrt ist. Anstatt Philemon die Gemeinschaft zu entziehen, versammelte sich die Gemeinde jenes Ortes in Philemons Haus." [21]

In dieser Tonlage werden die entsprechenden biblischen Unterlagen lang und breit weiter ausgewertet.

Die Veränderung der Zeugen Jehovas-Obrigkeitslehre im Jahre 1962 war also ganz im Sinne eines christlichen Konservatismus konzipiert, denn zu beantworten, man am besten mit einem Zitat von August Bebel in der Lage ist:

"Das Christentum ist freiheits- und kulturfeindlich. Durch seine Lehre vom passiven Gehorsam gegen die 'von Gott eingesetzte' Obrigkeit, sein Predigen zur Duldung und Ergebung im Leiden, verknüpft mit dem Hinweis, dass für alle Beschwerden hienieden die Seligkeit im jenseitigen Leben entschädigen werde, hat es die Menschheit von ihrem Zweck, sich nach allen Richtungen zu vervollkommen, nach ihrer höchsten Entwicklung zu streben und der gewonnenen Güter sich zu freuen und sie zu genießen, abgezogen. ...

Diese haben vielmehr, indem sie die Erde als ein Jammertal darstellten, die Entbehrung und Enthaltbarkeit predigten und die Menschheit auf ein künftiges Leben verwiesen, für dessen Existenz keine Beweise vorhanden sind und keine beigebracht werden können, weil seine Existenz unmöglich ist, dem menschlichen Streben die schlimmsten Fesseln angelegt und den menschlichen Fortschritt gehemmt. ... Aber sie sind Hauptverteidiger der Vorrechte, der Standes- und Klassenherrschaft. Sie wollen nicht die Gerechtigkeit, sondern die Mildtätigkeit, nicht das Wissen, sondern den Glauben. ... Der sogenannte gute Kern im Christentum, den Sie, aber ich nicht darin finde, ist nicht christlich, sondern allgemein menschlich. Und was das Christentum eigentlich bildet, der Lehren- und Dogmenkram, ist der Menschheit feindlich." [22]

### Der polnische Durchbruch

Eine "Bewährungsprobe" der neuen Obrigkeitslehre sollte sich in den 80-er Jahren schon in Polen zeigen. [23] Man sollte dabei den geschichtlichen Hintergrund nicht vergessen. Nachdem Polen nach 1945 in den kommunistischen Machtbereich geriet, betrieben die dortigen Machthaber eine Pro-katholische Politik. Sie vermieden es jedenfalls, der katholischen Kirche in dem Maße empfindlich auf die "Zehen zu treten", wie dies in anderen Ostblockländern durchaus der Fall war. Symptom für die Stärke der katholischen Kirche in Polen, war beispielsweise ihre in eigener Regie geleitete katholische Universität in Lublin. In anderen Ostblockstaaten wäre ein solches Entgegenkommen nicht denkbar gewesen. Andererseits mussten andere die "Zeche bezahlen".

So beklagen sich beispielsweise die Zeugen Jehovas im Jahre 1949:

"Die meisten Religionsgemeinschaften in Polen erhalten gutes Druckpapier in annehmbaren Mengen zugeteilt um ihre Zeitschriften herausgeben zu können. Die katholische Hierarchie erhält Papierzuteilungen für rund sechzig verschiedene Zeitschriften. ... Jehovas Zeugen hingegen müssen sich damit begnügen, jede Nummer für die Studien in den Versammlungssälen und für die Heimbibelstudien bei Menschen guten Willens benutzten ‚Wachttürme‘ auf Verfielfältigungsapparaten herzustellen." [24]

Es war offensichtlich, dass die katholische Kirche sich den Zeugen Jehovas, wo immer es ihr möglich war, in den Weg stellte. Symptom dafür ist auch die Bemerkung: "Am 18. Februar 1948 reichten Jehovas Zeugen an das Innenministerium und an das Amt für öffentliche Sicherheit in Warschau ein Memorandum ein, worin folgendes aufgezählt war: 60 Fälle von Folterungen mit tödlichem Ausgang. 226 Fälle grässlicher Mißhandlung. 256 Fälle von Plünderungen, eine Anzahl gegen sie ausgesprochene Todesurteile, Verwüstung von Wohnungseinrichtungen, Brandstiftungen, Steinigungen, tätliche Beleidigungen und Drohungen. Und damit waren nicht etwa alle, sondern nur die markantesten Fälle von Übergriffen aufgezählt, die sich römisch-katholische Fantiker seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges gegenüber den Zeugen Jehovas erlaubt haben." [25]

Das stark katholisch geprägte Polen, ist neben dem gleichfalls stark katholisch geprägten Italien eines der europäischen Länder, wo die Zeugen Jehovas ihre stärksten Zuwachsraten erzielten (bezogen auf Europa).

Anfang der 80-er Jahre machte in Polen die Gewerkschaft "Solidarnosc" von sich reden, die maßgeblich zur Destabilisierung des kommunistischen Regimes beitrug. Zeitgenössische Berichterstattung dazu vermerkt:

"Als in der (Danziger) Werft ereignisreiche Streiks währten, nahmen Arbeiter, die den Zeugen Jehovas angehörten, nicht daran teil, sie arbeiteten auch als einzige an freien Sonntagen. Von der Allgemeinheit unter Druck gesetzt, interpretierten sie ihre Haltung damit, sie hätten den Arbeitsvertrag mit der Direktion und nicht mit der Gewerkschaft geschlossen." [26]

Polen war jenes Land im Ostblock, das im Jahre 1950, noch vor der DDR, als erstes ein staatliches Verbot der Zeugen Jehovas aussprach. Das angeschlagene kommunistische Regime in Polen, sah sich daraufhin veranlasst, wiederum als erstes Land im Ostblock, seine Zeugen Jehovas-Politik gravierend zu verändern. So konnten die Zeugen Jehovas in Polen schon im Jahre 1985 den Triumph feiern, massenwirksame öffentliche Kongressveranstaltungen wieder durchführen zu dürfen. Über jene Kongresse von 1985 wird vermerkt: "Das nach Beendigung der Feierlichkeiten der Leiter des Amtes für Glaubensfragen, Minister Lopatka, Vertreter der Zeugen Jehovas aus Polen und den USA empfing. Sie überbrachten den staatlichen Behörden ihren Dank für die Erlaubnis, das Treffen abzuhalten. Es fand auch ein Meinungs austausch statt zum Thema der Situation der Zeugen Jehovas in Polen, sowie der Perspektiven einer rechtlichen Anerkennung dieser Gemeinschaft." [27]

### Wahlverweigerung

Politisch denkenden Menschen, stößt an den Zeugen Jehovas schon immer besonders übel ihr Grundsatz des Nichtwählens auf. Gerade diese Position hatte schon zu mittleren bis großen Katastrophen für einzelne Glieder der Bibelforscher / Zeugen Jehovas geführt, besonders in totalitären Regimen, mit denen Deutschland bekanntlich besonders "gesegnet" war. Diese totalitären Regime pflegten im allgemeinen nicht über ihren "Tellerrand" hinauszusehen. Sie registrierten diese Verweigerungshaltung eben nur als auf sie bezogen. Das andernorts und in anderen politischen Konstellationen ähnliches registrierbar war, nahmen sie - wenn überhaupt - nur höchst widerwillig zur Kenntnis.

Schon bei Russell ist diese Position nachweisbar. Bezogen auf die USA hatte er z. B. geäußert: "Die reformierten Presbyterianer haben sich jahrelang geweigert, unter dieser Regierung zu

wählen oder ein Amt zu bekleiden, weil sie nicht Christi Reich sei. Hiermit erkennen sie an, dass es einem Christen nicht zukommt, sich an irgendeiner anderen Regierung zu beteiligen."

Russell kommentiert diesen Fakt dann mit den Worten: "Wir sind mit dieser Anschauung in voller Übereinstimmung, aber nicht mit der Schlussfolgerung, dass diese Regierung, sobald nur der Name Gottes in der Verfassung erwähnt wäre, aus einem Reiche dieser Welt ein Reich Christi würde, und sie dadurch die Freiheit erlangten, unter ihr wählen und Ämter verwalten zu können."

Zur Begründung führt er dann noch aus: "Laßt uns erkennen, dass die besten wie die schlimmsten Völker der Erde 'Reiche dieser Welt' sind, deren von Gott gegebene Machtfrist nun bald abgelaufen ist." [28]

Immer wieder betonte Russell, dass seiner Meinung nach, Politik und soziale Fragen die Christen nichts angehen, da sie "keine andere wirkliche Lösung kennen als die im Worte Gottes vorhergesagte." [29]

Auch Rutherford hatte diese Position beibehalten. Sie beinhaltete zugleich auch unausweichliche Konflikte mit dem Staat, der von den Bibelforschern unter negativem Gesichtspunkten gesehen wurde. Im Ersten Weltkrieg wurde ihnen daher schon in Deutschland vorgeworfen "durch düstere Prophezeiungen von Revolutionen zu beunruhigen und es sogar gewagt zu haben gegen die Krieganleihen flau zu machen." [30]

Ein anderer, gleichfalls kirchlich orientierter Autor, will sogar von einem geheimen Heeresbefehl gegen die revolutionären Wühlereien der Bibelforscher in dieser Zeit wissen. [31]

Die Kolportierung solcher Thesen durch kirchliche Autoren muss in dem Kontext gesehen werden, das letztere in jener Zeit gleichfalls für nationalistisch-chauvinistische Thesen anfällig waren. So konnte man beispielsweise in einer einschlägigen 1915 erschienenen Schrift lesen:

"Gewiss, Gott will nicht den Krieg; aber er will das wir Deutsche die Freiheit wollen, weil sonst der Quell von Licht und Liebe, von Tugend und Religion versiegt. Es bleibt Gott gar nichts weiter übrig, als den Krieg zuzulassen; täte er es nicht, so müsste er das schlimmere geschehen lassen, dass ein edles Volk eingeengt, entehrt, entrechtet und geknechtet würde. Der Krieg befleckt niemand, der ihn mit reiner Seele bejaht. Er ist nur eine andere Sprache Gottes für die, die seine Stimme im Frieden nicht hören wollten." [32]

Die Nichtanfälligkeit der Bibelforscher für solcherlei Thesen ist eben auch in ihrem Grundsatz zu sehen nichts mit der Politik zu schaffen haben zu wollen. Begründet in der Naherwartung des imaginären "Gottesreiches". Was aber, wenn jenes "Gottesreich" nun schon rund zweitausend Jahre versäumt tatsächlich zu erscheinen? Dann gäbe es noch die Möglichkeit die "Kirche" oder ähnliches als "Gottesreich" zu titulieren. Ansätze dafür sind auch bei den Zeugen Jehovas nachweisbar. [33]

Aber jene Außenstehende, denen die Zeugen Jehovas die Augen nicht mit ihren Zweckthesen zu verkleistern vermögen, werden immer wieder mal die Frage aufwerfen, welchen Sinn eine solche Geisteshaltung hat. Denn ohne Zweifel stellt auch das Nichtwählen ein politisches Faktum dar. Und sei es nur, dass es die Kräfte begünstigt, die der Nichtwähler von seinen weltlichen Interessen her gesehen, am wenigsten begünstigt sehen möchte. Die aber durch seine Stimmenthaltung faktisch begünstigt werden.

Schon in der Weimarer Republik waren die Bibelforscher wegen ihres Grundsatzes des Nichtwählens aufgefallen. [34] Die Redaktion der "Leipziger Neuesten Nachrichten" kommentierte die Kontroverse mit den Worten:

"Von der moralischen Pflicht jedes Staatsbürgers sein Wahlrecht auszuüben scheinen die ernstesten Bibelforscher keinen Begriff zu haben."

Auch der antisemitische Bibelforschergegner Fetz, nahm diesen Aspekt mit in seine Argumentation auf. Etwa, wenn er polemisiert:

"Nur die Worte und Werke Russells und seiner von Gott gesandten Jüngerschar sollen ihnen vorleuchten. Die Bibelforscher werden aber auch von allen kommunalen und politischen Wahlen ferngehalten. Für die nationalen oder gar völkischen Kandidaten dürfen sie unter keinen

Umständen auftreten, denn das wäre gegen Gottes Plan, der ja den Sturz aller Nationen will. Für die Radikalsten der Sozialdemokratie, für die Spartakisten, Kommunisten, Anarchisten möchte man sie wohl haben, darf ihnen diese Parole aber nicht geben, weil sonst die Karten der internationalen Drahtzieher aufgedeckt würden. Darum befiehlt man: 'Gewehr bei Fuß!' Und erreicht so die Kräftelähmung der sonst ordnungsliebendsten Massen; indirekt doch die ... Verwirrung und Unordnung." [35]

Zwar datiert die Phase der scharfen Konfrontation zwischen Bibelforschern und dem NS-Staat erst ab Oktober 1934. Dennoch sind sie dem Regime schon davor "aufgefallen", insbesondere bei sogenannten Wahlen. Ein Beleg dafür ist ein entsprechend polemischer Artikel im "Heilbronner Tageblatt" vom 15. 11. 1933. Dieses "Heilbronner Tageblatt" wurde zu diesem Zeitpunkt von einem gewissen Hans Hauptmann herausgegeben. In diesem Artikel konnte man unter anderem lesen:

"Von diesen Narren, die sich früher 'Ernste Bibelforscher' genannt haben, verhärtet immer noch ein Grüppchen die geistige Luft Heilbronns, obgleich dieses Judenunternehmen des hirnweichen Herrn Rutherford aus Amerika im ganzen Deutschen Reiche verboten ist. Die hiesigen 'Zeugen Jehovas' (wer lacht da?) rekrutieren sich zum größten Teil aus kleinen Handwerkern und Handelsleuten. ... Ihr Prediger - Treppenwitz der Weltgeschichte - ist ausgerechnet ein Fensterputzer, der seinen Zuhörern aber ihre Brillengläser nicht etwa blank macht, sondern mit der Judensalbe seines amerikanischen Meisters so undurchsichtig wie möglich macht. Auch ein Milchhändler, der sich in wenigen Jahren von einer armseligen Handkarre über zwei Pferdegespanne bis zum Auto emporzuarbeiten verstanden hat, spielt eine Rolle im Kreise dieser Armen im Geiste. Angesichts der Tatsache, dass die lächerlichen 'Zeugen Jehovas' ihren Anhängern zur Pflicht gemacht haben, bei den Wahlen am vorigen Sonntag nicht mitzutun, weil sie mit Politik, also mit dem Schicksal des Vaterlandes nichts zu tun hätten, muss der vernünftige Teil der Bevölkerung diesen Saboteuren gegenüber zur Selbsthilfe greifen. Wir rufen insbesondere die deutschen Frauen dazu auf, jede Geschäftsverbindung mit den Anhängern dieser Judensekte unbedingt und schleunigst zu lösen. Es liegt für deutsche Menschen, die sich soeben in hellster Begeisterung für den Deuthesten aller Deutschen, für Adolf Hitler erklärt haben, keine Veranlassung vor, diese bewusst Abseitsstehenden in Nahrung zu setzen. Man entziehe ihnen jede Unterstützung und lasse sie mit ihrem Judenkram allein. Vielleicht weichen die schleimigen Nebel aus ihren Hirnschalen, sobald ihre Magen knurren und sie einsehen lernen, dass sie ihre bisherigen Profitchen nicht so sehr dem Wüstengotte Israels, wie der Langmut und Nachsicht ihrer deutschen Volksgenossen zu verdanken gehabt haben."

Besagter Hans Hauptmann war schon früher als Gegner der Bibelforscher in Erscheinung getreten. In einer dubiosen Zeitschrift namens "Ariosophie" hatte er bereits 1931 einen Artikel veröffentlicht mit dem Titel: "Was wollen die ernstesten Bibelforscher." [36] Darin war zu lesen:

"Ein jüdischer Hausierer mit geöltem Mundwerk hat - leider in meiner Abwesenheit - zwei Wahnsinnstraktätchen in mein Haus geschwätzt. Beide haben den sattsam bekannten J. F. Rutherford, ehemals angeblich amerikanischer Richter, zum Verfasser."

Hauptmann kommt dann auf die Broschüren "Krieg oder Friede" und "Gericht über Richter, Prediger, Nationen, Geldmänner, Politiker" zu sprechen. Sein Kommentar dazu:

"Gibt es kein Gesetz, dass genügende Handhabe gibt, diesen Meuchelmördern der Vernunft in den Arm zu fallen, dann muss es geschaffen werden."

Namentlich ereifert er sich, dass die Bibelforscher nicht die Thesen der Deutschgläubigen vertreten, sondern im Kontrast dazu stark den Philosemitismus betonen. Er spart nicht an drastischen Formulierungen. Sein Elaborat klingt mit den Worten aus:

"Die künstlichen Nebelwände und deren Verschleierungen, hinter denen das rabbinistisch geleitete Weltjudentum, solange unerkant an der Vernichtung der arischen Völker gearbeitet hat, sind endlich zerrissen; man kennt seine Zusammenhänge mit den Freimaurern und den Jesuiten. ... Aber Millionen und abermals Millionen wollen nicht sehen. Das der Marxismus dieses Nichtsehenwollen mit allen Mitteln unterstützt ist erklärlich, denn er stammt aus dem

jüdischen Arsenal und ist dem Judentume leibeigen. Ganz unerklärlich jedoch ist es, dass die christlichen Kirchen nicht nur nicht Front machen, sondern durch ihre bis zum Ekel betonte Judenfreundschaft mehr als nur indirekt den Kampf des Judentums gegen die christliche Kultur und die christlichen Völker unterstützen."

In dem 1932 erschienenen Sammelband "Der Jud ist schuld ...?" ist auch ein Beitrag dieses Herrn Hauptmann enthalten. Darin offenbart er sich ebenfalls als gläubiger Nachbeter der "Protokolle der Weisen von Zion". Etwa mit seiner Behauptung:

"Das ist der unumstößliche Beweis für die Echtheit der heftigst bestrittenen Protokolle der Weisen von Zion, dass die dort aufgezeichneten Ziele tatsächlich schon zum größten Teile erreicht worden sind." [37]

Besagter Hauptmann amtierte dann noch von 1936 bis 1940 als Schriftleiter der antisemitischen von Rosenberg begründeten Zeitschrift: "Der Weltkampf". 1937 veröffentlichte er dann ein Buch mit dem Titel: "Bolschewismus in der Bibel".

Einen Vorgeschmack bekommt man schon durch seine einleitenden Worte:

"Nachfolgende Ausführungen, werden die beide Teile der Bibel als grundlegend mitverantwortlich für die ... alle Welt bedrohende Erscheinung des Bolschewismus zeigen." [38]

Er versteigt sich dann zu der Behauptung: "An der Spitze dieser judenhörigen Riesenorganisationen, zu denen das internationale Freimaurertum, der Marxismus in allen Schattierungen, die Liga für Menschenrechte, der Pazifismus usw. gehören, steht das 700 Millionen umfassende Weltchristentum." [39]

Dieses Beispiel macht deutlich, zu welcher extremen Kampfpositionen jene braunen "Rassejünglinge" und Greise [40] sich verstiegen.

Charakteristisch kommt das auch im nachfolgenden Band der gleichen Reihe "Deutsche Aktion" zum Ausdruck, worin die Schrift von Hauptmann die 5 Folge war. Die Nr. 6 der gleichen Reihe hat den bezeichnenden Titel: "Der Bolschewismus eine Frucht des Christentums". Darin will eine braune Narzisse ihren Lesern weismachen:

"Deutsch und christlich? Nein 'deutsch oder christlich' heißt die Losung, denn das eine schließt das andere aus und Kompromisse aller Art müssen die Folge sein, will man zwei unüberbrückbare Gegensätze in Einklang bringen. Der Bolschewismus ist also die organisierte Durchführung der Weltherrschaft Judas und damit die Erfüllung der in der Judenbibel programmierten Judenherrschaft." [41]

Diese Beispiele mögen stellvertretend für andere veranschaulichen, was das Ende vom Lied ist, wenn man die Argumentation der faschistischen Bibelforschergegner weiter verfolgt.

Um auf die Frage der Wahlverweigerung der Bibelforscher zurück zu kommen. Symptomatisch dafür sind auch die "Mitteilungen" des Geheimen Staatspolizeiamtes die in ihrer Nr. 4 vom März 1934 meldeten:

"Besonders bezeichnend war in dieser Hinsicht die Einstellung der Internationalen Bibelforscher zur Reichstagswahl vom 12. November 1933. Aus einer ganzen Reihe von Berichten geht hervor, dass die Bibelforscher für ihre Anhänger die Parole ausgegeben hatten, der Wahl fernzubleiben."

Weiter notiert diese Meldung:

"Mitglieder der Sekte, die durch den Wahlschleppdienst zur Beteiligung an der Wahl aufgefordert wurden, weigerten sich mit aller Entschiedenheit ihrer Wahlpflicht zu genügen." [42]

Die Gestapo kommentiert dazu:

"Dass die angebliche religiöse Überzeugung der Internationalen Bibelforscher, an der sie zum großen Teil fanatisch hängen, sich mit den Staatsbürgerpflichten im nationalsozialistischen Staat schlechterdings nicht vereinigen lässt." [43]

Ein weiterer Lagebericht fasst das in die Worte:

"Die Anhänger der Internationalen Bibelforschervereinigung haben sich von der Abstimmung am 19. 8. 34 ferngehalten. Sie haben das offen zum Ausdruck gebracht und waren an

verschiedenen Orten trotz guten Zuredens nicht dazu zu bewegen, sich an der Wahl zu beteiligen." [44]

Der Nazistaat beließ es nicht beim "guten Zureden". Wie dieses "gute Zureden" in der Praxis aussah, darüber hat Zürcher einen Fall dokumentiert:

"Vor der Wahl im November 1933 kam der politische Leiter und damalige zweite Bürgermeister meines Wohnortes zu mir in mein Sattler- und Tapeziergeschäft und forderte mich auf, zur Wahl zu gehen, andernfalls würde ich mein Haus, mein Geschäft, meine Ehre und mein Recht verlieren ... Der Wahlsonntag brachte mir dann um 11 Uhr nachts vollständig zertrümmerte Fenster. Es flogen kiloschwere Steine in meine Behausung, so das meine Frau und ich, namentlich aber die Kinder in großer Lebensgefahr waren. Hernach wurde noch mein Anwesen mit einer sechs bis acht Meter langen und einen halben Meter hohen Inschrift versehen: 'Hier wohnt der Volksverräter ... hier ist kein Zutritt.' Wer dann noch ins Geschäft kam, wurde teils von SA, SS und der Polizei angehalten, was er in diesem Haus gekauft hätte. Somit wurde mein früher sehr gutgehendes Geschäft vollständig stillgelegt und der Ruin war die selbstverständliche Folge." [45]

In besonders prononcierter Form wurde die Grundsatzposition der Zeugen Jehovas in einer Agitationsschrift zum Ausdruck gebracht: [46]

"Selbstverständlich verweigern Bibelforscher den Kriegsdienst, wenn Gottes Wort doch sagt: 'Du sollst nicht töten!' Wir beteiligen uns nicht an der Wahl, weil wir unseren König Christus ein für allemal gewählt haben und ihm folgen werden, wohin es geht. Wir kämpfen für ihn und mit ihm, weil wir ihn lieben, achten und kennen! Warum will man uns unbedingt an die Wahlurne haben? Wir grüßen die nationalen Symbole nicht, aber wir beschimpfen sie auch nicht. Wir handeln nicht gegen das Gesetz, wenn wir die Fahne nicht grüßen. Dann widerstrebt es uns auch, tote Dinge zu grüßen. Wir werden dies ebenso wenig tun als Sadrach, Mesach und Abednego sich vor dem goldenen Bild, das Nebukadnezar aufgerichtet hatte, niederbeugten. Wir grüßen nicht 'Heil Hitler', weil wir auf Grund des Wortes Gottes von ihm das Heil nicht erwarten können. Es ist sicher auch von menschlichen Standpunkt aus nicht klug, einem Monarchen zu hohe Ehre zu erweisen. Wir geben nichts bei öffentlichen Sammlungen. Für den Christen ist es eine Selbstverständlichkeit Gutes zu tun: Tuet Gutes Jedermann, vor allem an des Glaubens Genossen." (Gal. 6, 10). Wir lassen uns aber die Art, wie wir das Gute tun sollen, nur von Gott vorschreiben!"

Weiter wird in dieser Schrift noch ausgeführt:

"Wir beteiligen uns nicht an öffentlichen Kundgebungen, Fackelzügen usw. Wir handeln nicht aus Opposition, sondern, weil wir die Lieder, die hierbei gesungen werden, doch nicht mitsingen würden, weil wir uns an allem was mit diesen Kundgebungen zusammenhängt, doch nicht aus Gewissensgründen beteiligen dürfen. Dem Christen geht nicht Deutschland über alles, wenn er auch sein schönes irdisches Vaterland herzlich lieb hat - aber Gott und sein Wort geht ihm eben über alles, auch über das Vaterland. Das Horst-Wessel-Lied steht aber gerade in krassem Gegensatz zu dem, was die Bibel sagt. Wir nützen niemand, wenn wir zu Hause bleiben, wir schaden damit auch niemand - da wir aber absolut nach Gottes Gebot handeln würden, fiele es sicher mehr auf, wenn wir als völlig Unbeteiligte bei Kundgebungen dabeistehen würden. Mag die Welt ihren Weg gehen, wir werden auch unseren gehen." [47]

Auch aus heutiger Sicht wird man konstatieren können, dass diese Ausführungen das nahezu perfekte Programm der "spirituellen Staatenlosigkeit" repräsentierten. Das NS-Regime hingegen war auch unter dem Aspekt des betonten Nationalismus angetreten. Es war daher auch von der rein theoretischen Seite her betrachtet, nahezu ein "Unding", dass diese diametralen Positionen sich eventuell auf einer "mittleren Linie" einigen könnten. Schon die diese mittlere Linie versuchenden Großkirchen, gerieten bei diesem "Balanceakt" aus dem Gleichgewicht.

Es war offensichtlich dass diese Maximalpositionen auf Seiten der Zeugen Jehovas und des Nazismus letztendlich nur in einem Konflikt "bis zum bitteren Ende" einmünden konnten.

Mögen die Zeugen Jehovas das in ihrem eigenen Selbstverständnis als einen Akt des "unpolitisch" sein wollens verstanden haben; letztendlich war dem nicht so. Natürlich stellt eine solche Verhaltensweise auch eine Art politischer Demonstration dar.

Dies lässt sich an einem Geschichtsbericht aus Wuppertal verdeutlichen: [48]

"Angeblich sollen die vielen Vermerke 'Jesaja 41, Vers 24' die während dieser (Nazi) Zeit besonders hier im 'Muckertal' auf die Stimmzettel geschrieben wurden, auf das Konto der hier außerordentlich zahlreichen Zeugen Jehovas kommen. Die erbosten nationalsozialistischen Ortsgruppenleiter, die daraufhin diese Bibelstelle aufschlugen, lasen dann. ... 'Siehe, ihr seid aus nichts und euer Tun ist auch nichts, und euch wählen ist ein Greuel.'" [49]

Wie die Nazis darauf reagierten, lässt sich auch am Fall des Exilrussen Gregor Schwartz-Bostunitsch verdeutlichen.[50] Über seine Begegnungen mit Jehovas Zeugen äußert er:

"Kennzeichnend für die Frechheit dieser von den Juden mit besonderer Sorgfalt aufgebauten Stoßtruppe ist die Tatsache, dass im Dritten Reich selbst die Reste der Kommunisten kaum so herausfordernd gegen Adolf Hitler hetzen, wie die Zeugen Jehovas. Ich selber erlebte, als Reichsredner der NSDAP während einer Vortragsreise ... dass in einem kleinen sächsischen Städtchen - Löbnitz war es - Jehovas Zeugen, von Wahlvorständen zur Teilnahme an der Wahl aufgefordert, trotzig ablehnten und erklärten, bereit zu sein, selbst eine Strafe ... auf sich zu nehmen, aber nicht wählen zu gehen, denn ihr Gott verbiete ihnen das wählen! Deutlicher konnte man wirklich nicht sein." [51]

Aus dem Naziregime sind Fälle bekannt, wo über die Nichtteilnahme an den Wahlen penibel Buch geführt wurde. [52] Dabei stellte sich immer wieder heraus, dass ein hoher Anteil der Nichtwähler Zeugen Jehovas waren, was für das Regime ein weiterer Anlass für seine drakonischen Maßnahmen war. [53] Dass die Wahlverweigerung im Hitlerregime einer existentiellen Gefährdung ersten Ranges gleichkam, lässt sich an vielerlei Beispielen verdeutlichen. [54] Dies betraf auch Nicht-Zeugen Jehovas.

Diesterkamp / Stolleis berichten beispielsweise vom Fall eines bei der Firma Krupp beschäftigten Arbeiters. Dieser hatte bei der Reichstagswahl des Jahres 1936 einen Bootsausflug unternommen, war dabei gekentert und konnte nicht mehr rechtzeitig zur Wahl erscheinen. Offenbar wurde sein Nichtwählen auch seinem Arbeitgeber mitgeteilt, der ihm darauf die Kündigung aussprach. Eine Klage vor dem Landesarbeitsgericht in Essen erbrachte keine Zurücknahme der Kündigung. In der Begründung des Gerichtes wurde ausgeführt:

"Wahlrecht ist nicht nur ein Recht, sondern eine Wahlpflicht, der sich kein Wahlberechtigter Deutscher entziehen kann und darf. Sonst stellt er sich außerhalb der Volksgemeinschaft. ... Seine Schuld an seiner Nichtbeteiligung an der Wahl liegt darin, dass ihm sein Vergnügen vor seiner Pflicht für seinen Führer und sein Vaterland ging. ... Es ist daher verständlich, dass die Beklagte (Firma) ... die Kündigung aussprach." [55]

Wenn schon eine solche Sachlage zu Repressionen führte, um wieviel mehr noch die ideologisch begründete Haltung der Zeugen Jehovas.

Den Terror den die Nazis gegen Nichtwähler ausübten macht auch eine Notiz aus einem Provinzblatt deutlich:

"Zwei bekannte hiesige Bibelforscher hatten trotz wiederholter Aufforderung am Sonntag ihrer Wahlpflicht nicht genügt. Die beide, die sich dadurch außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft gestellt haben, wurden deshalb gestern nachmittag in Begleitung einiger SA-Männer mit einem Plakat mit der Aufschrift 'Wir Lumpen (Internationale Bibelforscher) haben nicht für Deutschland gestimmt' durch die Straßen geführt. Die Ehefrauen stellten sich freiwillig an die Seite der Männer." [56]

Das Verhalten der Bibelforscher anlässlich der "Wahlen" vom 12. 11. 1933 wurde von der Nazibürokratie als erster größerer Affront bewertet. Besonders in kleinstädtischen Gegenden, wo die Anonymität der Großstädtischen Verhältnisse fehlt, wurde entsprechend rabiatisch reagiert.

Ein entsprechender Bericht ist z. B. aus Pölitz in Pommern überliefert. Dort wurde auf dem Marktplatz eine Schandtafel mit den Namen der Nichtwähler öffentlich aufgestellt, die bis

Anfang Dezember verblieb. Lediglich die nazistische Befürchtung, dass dies zu negativen Kommentaren in der ausländischen Presse führen könnte, bewirkte dann ihren Abbau. Aber es war für die Nazis klar, dass die darin Genannten bei passender Gelegenheit entsprechende weitere Restriktionen zu verspüren bekommen würden.

So auch im Falle des davon betroffenen Bibelforschers Reinhard Lemke, dem ein mit staatlichen Mitteln gefördertes Siedlungshaus wieder aberkannt wurde.

In seiner Eingabe an die Behörden diesen Vorgang betreffend äußert Lemke auch, dass er seine Nichtbeteiligung an der Wahl "nicht aus der Absicht der Opposition heraus praktizierte." Zu seiner Verteidigung meint er weiter ausführen zu können:

"In den vergangenen 14 Jahren der Nachkriegszeit habe ich mich aus denselben Gründen unter einer marxistischen Regierung ebenfalls von jeder Politik ferngehalten. An diesem Grundsatz muss ich um der Treue zu meinem Herrn und Heiland unter allen Umständen festhalten." [57]

Anlässlich der "Wahl" vom 29. 3. 1936 wurden beispielsweise bei dem Bibelforscher Wilhelm Lichtenhagen aus Kaiserslautern Schilder an seiner Wohnung angebracht: "Internationaler Verbrecher wohnt im 1 Stock" und "Achtung! Landesverräter nennt sich Streiter Christi."

Andere wurden gewaltsam als Spottfigur durch die Ortschaften geführt und als besondere "Wohltat" wurde ihnen dann eröffnet, dass sie zu ihrer Sicherheit in "Schutzhaft" genommen werden müssten. [58]

Anderen wurden sogar die Häuser angezündet und die Feuerwehr am Löschen gehindert. Sie wurden dann zu allem Überfluss noch beschuldigt, einen "Versicherungsbetrug" versucht zu haben. Pech für diese Staatsterroristen, dass sich in einem solchen Fall erwies, dass das Opfer gar nicht versichert war! [59]

Die Bibelforscher waren ohne Zweifel mit an exponiertester Stelle unter den religiösen Gegnern des Hitlerregimes. Soweit es solche Fälle auch im Bereich der Evang. Kirche gab, kann man eine bemerkenswerte Parallelität der Konfliktlage feststellen. Namentlich gilt das für den Fall Paul Schneider, bei dem deutlich ist, dass seine Nichtbeteiligung an den 1936-er Wahlen des Hitlerregimes, seine Konfliktlage erheblich beschleunigte. [60] Auch sein Verhalten im KZ lässt eine gewisse Parallelität zur Motivation der Zeugen Jehovas erkennen:

"Es war üblich, dass die gehisste SS-Fahne durch Abnehmen der Mütze beim Vorbeigehen von den Häftlingen begrüßt wurde. Diese Ehrenbezeugung lehnte Schneider als Götzendienst ab. Damit begann der Leidensweg von Paul Schneider. Er nannte die Teufel beim Namen: Mörder, Ehebrecher, Ungerechte, Scheusale. Durch dieses Bekenntnis ... wurde Schneider schweren körperlichen Martern und Ängsten ausgesetzt." [61]

Was die Frage einer Nichtbeteiligung an den Wahlen anbelangt, so ist auch ein katholisches Beispiel dazu überliefert. Der katholische Bischof Sproll aus Rottenburg hatte sich nicht an den Wahlen vom 10. 4. 1938, unmittelbar nach der Annexion Österreichs beteiligt. Es war ihm nicht gut bekommen. Er wurde vom aufgehetzten Mob gezwungen, seine Heimatstadt zu verlassen. Als er schließlich nach reichlich zwei Monaten zurückkehren wollte, wurde das bischöfliche Palais erneut vom Mob gestürmt und alles durchwühlt.

"Der Bischof weigerte sich, wieder fortzugehen, wurde aber schließlich von der Gestapo aus seiner Diözese verbannt. Sproll war anscheinend der einzige höhere Würdenträger der Kirche, der am 10. April keine Ja-Stimme abgegeben hatte." [62]

Die Geschichte der Zeugen Jehovas in der Nazizeit ist eine Geschichte der Tragödien. Spätestens nach 1925 war auch die Bibelforscherführung sich darüber im klaren, dass ihre laufend aktualisierten Endzeitvorstellungen vom "unmittelbarem göttlichem Eingreifen" eine Fata Morgana war, ist und sein wird. Dennoch spielte sie dieses Spiel weiter. Um ihre Organisation zu retten, war sie in der Anfangszeit des Naziregimes zu weitgehenden Konzessionen bereit. Als die resonanzlos verpufften, setzte sie auf genau solche weitgehende Konfrontation. Politisch wirksamen Widerstand etwa im Sinne eines Dietrich Bonhoeffer, beabsichtigte sie damit nicht. Zwar war und ist sie mit allen geheimdienstlichen Wassern der Konspiration gewaschen. Allein diese Fähigkeit wurde vorrangig im Sinne zweifelhafter Demonstrationen verwandt.

Etwa, wenn Bibelforscher in KZs es ablehnten Blutwurst zu essen. Trotz der KZ üblichen Hungerrationen diese aber nicht anderen Gefangenen gaben, die diesbezüglich keine "Skrupel" hatten. Auch hier wieder eine fragwürdige Demonstration. Die Zeugenleitung wird sich vorhalten lassen müssen, dass es in ihrer Macht gelegen hätte das Leiden ihrer deutschen Glaubensgeschwister zu reduzieren. Nicht das sie damit ihre Organisation gerettet hätte. Aber sie hätte die Möglichkeit gehabt, durch ihre konspirativen Kanäle dämpfend, reduzierend auf fanatische Positionen einzuwirken.

Im Gegensatz zu Garbe und anderen vermag ich in diesem demonstrativem Verhalten der deutschen Bibelforscher in der Nazizeit keine "Klugheit" zu erkennen. Und dass das Bibelforscherverhalten in der Nazizeit nicht geeignet ist, der heutigen Generation als "Vorbild" angeeignet zu werden, darüber sind sich auch Garbe und andere im klaren.

Summa summarum bleibt, dass auch die Zeugenführung ein gerütteltes Maß Mitschuld an den Leiden hat, die in Deutschland über ihre Anhängerschaft während zweier totalitärer Regime hereingebrochen sind .

Auch in der DDR war man gegenüber Wahlverweigerungen in gleicher Weise allergisch. Man wagte es im Einzelfall nicht immer in der gleichen drastischen Art wie die Nazis zu reagieren. Aber in der "Seele" der damit befassten Funktionäre kochte die gleiche ohnmächtige Wut. Und bei passender Gelegenheit wurden die diesbezüglichen Fakten akribisch festgehalten. [63]

Über eine aus der DDR-Sicht provokative Umsetzung des Zeugen Jehovas Grundsatzes des Nichtwählens, existiert auch ein Bericht aus der Endzeit der DDR. Danach haben einzelne Zeugen Jehovas, bewaffnet mit ihrer zugesandten Wahlbenachrichtigungskarte, am Wahltag das Wahllokal aufgesucht, diese dort abgegeben und mit ausdrücklichem Hinweis auf ihr Glaubensbekenntnis das Wahllokal wieder verlassen, ohne an den eigentlichen Formalitäten des "Wahl"vorganges teilzunehmen. Dies muss man auch in dem Kontext sehen, dass die meisten Nichtwähler der Zeugen Jehovas es im allgemeinen vorziehen, auf Wahlbenachrichtigungen usw. bewusst nicht zu reagieren. [64]

### "Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas in der DDR"

(Redaktionsschluss: Oktober 1999)

Mit dem Ende der beiden totalitären Regime in Deutschland , war es erst einmal einige Zeit still um den Zeugen Jehovas Grundsatz des Nichtwählens. Die freiheitlich-demokratische Grundverfassung der Bundesrepublik Deutschland gestattet es anerkennenswerterweise, ihren Bürgern, gegebenenfalls auch diese Variante in Anspruch zu nehmen, ohne dafür mit staatlichen Repressionen bestraft zu werden. Es waren nicht so sehr die nicht wenigen Kritiker der Zeugen Jehovas, die dieses Thema erneut auf die Tagesordnung setzten. Nein, es war die deutsche Zeugenleitung selbst.

In der alten Bundesrepublik hatten sie es nie gewagt, einmal mit dem Antrag "Körperschaft des öffentlichen Rechtes" werden zu wollen, in Erscheinung zu treten. Nun waren sie aber in der Endphase der DDR von letzterer staatlich wieder anerkannt worden; hatten dort eine eigene Körperschaft "Jehovas Zeugen in der DDR" gemäß DDR-Recht gegründet. Inzwischen kam die Wiedervereinigung Deutschlands, die auch anderen kirchlichen Organisationen, neben der Freude, auch Verdruss verursachte. Was sollte man mit den vielen Doppelfunktionen auf Leitungsebene anfangen?

Anderweitig hat man sich durchaus zu schmerzhaften Zäsuren durchgerungen. Zusammenlegen hieß die Devise. Auch wenn dieses "Zusammenlegen" vielfach nicht ohne personelle Probleme nicht unbedeutender Art durchzusetzen war.

Ausgerechnet die Zeugen Jehovas, so ziemlich als einzige Ausnahme von diesem Trend, legten nichts zusammen. Sie hielten beide Leitungsebenen in Ost- und Westdeutschland unverändert aufrecht. Lediglich, dass aus der "Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas in der DDR" nunmehr selbige "in Deutschland" wurde. Aber das ist nur eine Wortspielerei. Für den Bereich, für den schon früher Selters zuständig war (sprich alte BRD) blieb es auch weiterhin

uneingeschränkt zuständig. Die vermeintliche "Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas in Deutschland" ist de facto immer noch eine solche, (Stand vom Oktober 1999) deren Territorium durch den Bereich der ehemaligen DDR bestimmt ist.

Ausgerechnet nun jener DDR-Zweig machte von sich dadurch reden, dass er begehrte "Körperschaft des öffentlichen Rechtes" zu werden. In etlichen Gerichtsinstanzen gelang es ihm bis heute nicht, seine ursprüngliche Absicht durchzusetzen. Aber eines hatte er erreicht, dass man gerichtlicherseits, nunmehr auch in der freiheitlichen Bundesrepublik Deutschland das staatsbürgerliche Verhalten der Zeugen Jehovas unter die Lupe nahm, und dies insbesondere im Hinblick auf den Wahlverweigerungsgrundsatz, als Versagungsgrund bewerte, weshalb man den Zeugen Jehovas es nicht zubilligen könne, den privilegierten Zustand einer "Körperschaft des öffentlichen Rechtes" zu erhalten.

Selbstredend haben die Zeugen Jehovas das Recht an ihren Positionen festzuhalten, wenn sie meinen dies theologisch tun zu müssen. Sie haben auch das volle Recht, wie all die Jahrzehnte davor in der alten Bundesrepublik, auf Vereinsrechtsbasis ihre inneren Angelegenheiten zu gestalten. Nur eines haben sie nicht bekommen - zusätzliche - Privilegien.

Wobei man die Frage stellen kann, ob diese Privilegien überhaupt noch zeitgemäss sind! [65]

[ZurIndexseite](#)